



Monatliche Kriminalitätsstatistik

Ist Einsicht der erste Weg zur Besserung?

Künftig werden monatliche Kriminalstatistiken über die landesweite sowie regionale Kriminalitätsentwicklung im Netz veröffentlicht. Damit lenkt der Innenminister nach Jahren der Diskussion endlich ein. Nun ist der nächste Schritt, die Zahlen auch zum Anlass zu nehmen, unsere Polizei besser auszustatten.

Der Druck war offensichtlich zu groß. Schon seit langem hatte ich nachdrücklich und immer wieder gefordert, Zahlen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) nicht nur einmal im Jahr, sondern unterjährig zu veröffentlichen. Bis vor kurzem wurde mein Anliegen immer abgeblockt mit dem Verweis, dass monatliche Daten nicht valide seien und man eine relevante Statistik nur einmal im Jahr veröffentlichen könne.

Nun ist auf den ersten Blick alles anders und der Minister scheint Transparenz zu wollen. Aber kommentieren will er die schlechten Zahlen offenbar nicht und Konsequenzen aus seiner Bilanz zieht er auch nicht. Kriminalität wird in Nordrhein-Westfalen weiterhin nur verwaltet.

Um sie wirksam zu bekämpfen, brauchen wir mehr Polizei auf der Straße. Dazu müssen mehr Polizisten eingestellt und diese mit den notwendigen Befugnissen und der besten Ausrüstung ausgestattet werden. Mehr: <http://kurzlink.de/GG160906>.

Hambacher Forst

Fast 1000 Straftaten seit Bestehen des Wiesencamps

Innenminister Ralf Jäger hat bezüglich der verschärften Sicherheitslage im Hambacher Forst und am Tagebaurand endlich reagiert: Anfang August übernahm das Polizeipräsidium Aachen die Federführung der Ermittlungen, so dass die örtlichen Behörden entlastet werden. Leider kam der Strategiewechsel sehr spät.

Das zögerliche Handeln des Ministers hat schon viel Schaden verursacht, wie eine Antwort auf eine Kleine Anfrage zeigt, die mein Fraktionskollege Josef Wirtz aus Düren und ich gestellt haben. Denn von März 2013 bis Ende Juli 2016 sind ganze 944 Straftaten im Zusammenhang mit den Umweltaktivisten im Hambacher Forst bekannt geworden. Bei 73 dieser Straftaten wurden 70 Polizeibeamte, 58 Sicherheitsleute und 32 Arbeiter geschädigt. Lediglich 82 Straftaten wurden aufgeklärt, dabei 197 Tatverdächtige ermittelt.

Wir fordern eine angemessen harte Verurteilung der radikalen Aktivisten und ein konsequentes Vorgehen der Landesregierung. Das Wiesencamp, ständiger Anziehungspunkt für Menschen, die jenseits von Recht und Gesetz handeln, muss aufgelöst werden. Näheres: <http://kurzlink.de/GG160907>.

Frauenquote

Landesregierung verliert vor Gericht

Die CDU-Fraktion NRW fordert von der Landesregierung eine Neuregelung der Frauenförderung im Öffentlichen Dienst. Das Düsseldorfer Verwaltungsgericht hat unsere erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken gegenüber der Regelung im § 19 Abs. 6 LBG NRW bestätigt.

Die rot-grüne Regierung hat eine schwere juristische Schlappe erlitten: Die Bevorzugung von Frauen auch bei schlechterer Qualifikation im Landesdienst sei verfassungswidrig, dem Land fehle die Gesetzgebungskompetenz, entschieden die Richter am vergangenen Montag. Es sind noch 35 Klagen anhängig, vor allem bei der Polizei sorgte die Neuregelung für große Unruhe.

Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, den Bereich der Frauenförderung im Dienstrechtsmodernisierungsgesetz so schnell wie möglich verfassungskonform zu überarbeiten. Das muss in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Verbänden geschehen.